

## **Bericht der Bundesregierung über den G20-Gipfel in Buenos Aires vom 30. November bis 1. Dezember 2018**

*Am 30. November und 1. Dezember 2018 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der G20 in Buenos Aires zum diesjährigen G20-Gipfel, der erstmals in Argentinien stattfand. Das Motto des Gipfels lautete: „Einen Konsens über eine faire und nachhaltige Entwicklung herbeiführen“. Dabei hat die G20 nach schwierigen Verhandlungen einen Konsens zu zentralen globalen Herausforderungen in schwierigen Zeiten für die multilaterale Zusammenarbeit erzielt. Zehn Jahre nach dem ersten Treffen auf Ebene der Staats- und Regierungschefs bekräftigt die G20 ihren Willen, gemeinsam an der internationalen regelbasierten Ordnung zu arbeiten und diese weiter zu verbessern. Die Ergebnisse des Gipfeltreffens in Buenos Aires bauen an vielen Stellen auf Beschlüssen des G20-Gipfels 2017 in Hamburg auf oder nehmen darauf Bezug. Aus Sicht der Bundesregierung stellen sie einen Erfolg dar.*

*Als ein zentrales Ergebnis ist festzuhalten, dass die G20 sich erstmals zur Reform der Welthandelsorganisation bekennt und damit ein wichtiges Signal der Unterstützung für das multilaterale Handelssystem, das für offene Märkte und gegen Protektionismus steht, sendet. Es ist gelungen, einen Aufruf an die Mitglieder des Globalen Forums zu Überkapazitäten in der Stahlindustrie zu verankern. Die G20 verpflichtet sich dazu, Maßnahmen zu ergreifen, um Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Menschenhandel und moderne Sklaverei in der Arbeitswelt auszumerzen, auch durch die Förderung nachhaltiger Lieferketten. Zudem setzt sich die G20 geschlossen weiter für Stärkung von Frauen ein; sie bekräftigt das Ziel, bis 2025 den Unterschied in der Erwerbsquote von Männern und Frauen um 25% zu senken. Die G20 bekennt sich zur Förderung von Maßnahmen, um die Vorteile der Digitalisierung und neuer Technologien zu maximieren. Die G20 drängt darauf, bis 2020 eine abgestimmte Lösung zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft zu entwickeln und weiter unfairen Steuerwettbewerb und aggressive Steuergestaltung international tätiger Unternehmen zu bekämpfen.*

*Auch im Bereich internationaler Klimapolitik hat sich die Bundesregierung dafür eingesetzt, auf den Ergebnissen des G20-Gipfels in Hamburg aufzubauen und nicht dahinter zurückzufallen. Die G20 – mit Ausnahme der USA – bekräftigt erneut die Unumkehrbarkeit und uneingeschränkte Umsetzung des Paris-Abkommens. Dabei erwähnt die G20 erstmals das Ziel, die Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen und unterstützt ein erfolgreiches Ergebnis der Klimakonferenz (COP24). Die G20 erkennt die entscheidende Rolle an, die das Thema Energie für die Gestaltung der Zukunft spielt, und ermutigt zu einer globalen treibhausgasarmen Energiewende. Die G20 verabschiedet das Update von Buenos Aires zur Umsetzung der Agenda 2030.*

*Die Bundesregierung hat sich auch erfolgreich dafür eingesetzt, das Thema Gesundheit dauerhaft auf der G20-Agenda zu verankern. Die G20 unterstützt zudem die Fortführung der unter deutschem G20-Vorsitz ins Leben gerufenen Compact-with-Africa-Initiative. Es ist zudem gelungen, dass die G20 in ihrer Abschlusserklärung die Bedeutung gemeinsamer Maßnahmen betont, um Fluchtursachen zu bekämpfen und den Herausforderungen, die mit globalen Flüchtlingsströmen verbunden sind, zu begegnen. Die G20 wird sich auch in Zukunft mit den Themen Flucht und Migration beschäftigen. Die G20 ist sich weiterhin einig, gemeinsam internationalen Terrorismus zu bekämpfen und mit gutem Beispiel bei der Bekämpfung von Korruption voranzugehen. Am 1. Dezember 2018 hat Japan die Präsidentschaft der G20 von Argentinien übernommen, gefolgt von Saudi-Arabien am 1. Dezember 2019.*

## **Weltwirtschaft**

Es bestand Einigkeit über ein weiterhin starkes globales Wachstum aber mit zunehmenden Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern. Die G20 ist sich einig, dass die Mobilisierung nachhaltiger Finanzierung und die Stärkung der finanziellen Teilhabe wichtig für das globale Wachstum sind. Die G20 bekräftigt die Zusage, alle Instrumente der Politik zu nutzen, um zu einem starken, nachhaltigen, ausgewogenen und inklusiven Wachstum zu kommen. Die G20 erkennt an, dass sich einige Risiken für ein schwächeres Wachstum der Weltwirtschaft, wie Schwachstellen innerhalb des Finanzsystems sowie geopolitische Probleme, teilweise bereits materialisiert haben. Die Bundesregierung hat dabei, unterstützt durch viele andere G20-Mitglieder, betont, dass auch die aktuellen Spannungen in den internationalen Handelsbeziehungen ein Risiko für die weltwirtschaftliche Entwicklung darstellen. Die G20 hat sich zudem zu fortgesetzten Strukturreformen bekannt und den Aktionsplan von Buenos Aires gebilligt.

## **Handel**

Die Bundesregierung hat sich in Buenos Aires erneut nachdrücklich für ein deutliches Bekenntnis der G20 für offene Märkte und freien Handel und eine Modernisierung der WTO eingesetzt. Die Diskussionen hierzu wurden erwartungsgemäß sehr intensiv geführt. Vor diesem Hintergrund wertet es die Bundesregierung als deutlichen Erfolg, dass sich die G20 erstmals zu einer Reform der Welthandelsorganisation bekennt und damit ein wichtiges Signal der Unterstützung für das multilaterale Handelssystem, offene Märkte und gegen Protektionismus sendet.

## **Klimaschutz**

Klimaschutz war eines der am intensivsten diskutierten Themen des diesjährigen G20-Gipfels. Die Bundesregierung wertet das Ergebnis als einen Erfolg. Es ist – in enger Kooperation mit der EU, den EU-Mitgliedstaaten und anderen G20-Partnern gelungen, eine breite Allianz hinter der DEU Position zu versammeln, die Beschlüsse des G20-Gipfels von Hamburg in 2017 zu bekräftigen und fortzuentwickeln. So bekennt sich die G20 – mit Ausnahme der USA – erneut zur Unumkehrbarkeit und uneingeschränkten Umsetzung des Paris-Abkommens. Die G20 erwähnt erstmals

das Ziel, die Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen und unterstützt ein erfolgreiches Ergebnis der Klimakonferenz (COP24). Die Bundesregierung kündigte zudem an, ihren Beitrag zur Klimafinanzierung am sog. Green Climate Fund auf bis zu 1,5 Mrd. EUR zu verdoppeln. Damit ist insgesamt ein starkes Signal an COP24 von der G20 ausgegangen.

## **Energie**

Die G20 erkennt die entscheidende Rolle an, die das Thema Energie für die Gestaltung der Zukunft spielt und ermutigt zu einer globalen Transformation treibhausgasarmer Energiesysteme. Dabei betont die G20 die Rolle insbesondere von Erneuerbaren Energien für eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung und erkennt ihre Möglichkeiten für Innovation, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch verstärkte Investitionen in sauberere und nachhaltige Energiequellen, -technologien und -infrastruktur an.

## **Digitalisierung**

Die G20 bekennt sich dazu, Maßnahmen zu fördern, um die Vorteile der Digitalisierung und neuer Technologie für innovatives Wachstum und Produktivität zu maximieren. Dabei sollen insbesondere Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen und entsprechende Unternehmer unterstützt und die digitale Kluft zwischen den Geschlechtern überbrückt werden sowie die digitale Teilhabe vorangetrieben, der Verbraucherschutz unterstützt und digitales Regieren, digitale Infrastruktur und die Erfassung der digitalen Wirtschaft verbessert werden. Die G20 bekräftigt, Fragen der Sicherheit bei der Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien anzugehen und unterstützt den freien Fluss von Informationen, Ideen und Wissen, wobei sie die anwendbaren rechtlichen Rahmen achtet und sich für den Schutz der Privatsphäre, den Datenschutz und den Schutz der Rechte des geistigen Eigentums einsetzt. Die G20 betont weiterhin an den Bereichen künstliche Intelligenz, neue Technologien und neue Unternehmensplattformen zu arbeiten. Die Bundesregierung unterstützt die unter japanischem G20-Vorsitz 2019 geplante Fortführung der Arbeiten auf diesem Gebiet, u.a. mit einem Fokus auf Künstlicher Intelligenz.

## **Zukunft der Arbeit und Beschäftigung**

Die G20 bekräftigt ihre Erwartung, dass die neuen Technologien immense wirtschaftliche Möglichkeiten, aber auch Herausforderungen mit sich bringen. Die G20 bekennt sich unverändert dazu, die Zukunft der Arbeit inklusiv, fair und nachhaltig zu gestalten, indem sie menschenwürdige Arbeit fördert, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Weiterbildungen einschließlich Umschulungen ermöglicht und die Arbeitsbedingungen in allen Beschäftigungsformen verbessert. Dabei erkennt sie insbesondere die Bedeutung digitaler Plattformen an, und zwar mit einem Schwerpunkt darauf, die Formalisierung von Arbeitsverhältnissen zu fördern und Sozialschutzsysteme stark und tragfähig zu machen. Die G20 bekennt sich zur wachsenden Teilhabe von Arbeitskräften aus nicht ausreichend repräsentierten und Förderung schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen, darunter Menschen mit Behinderungen. Zudem beabsichtigt sie im Einklang mit dem G20-Ziel von Antalya in Bezug auf Jugendliche politische Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation junger Menschen umzusetzen. Die G20 verpflichtet sich dazu, Maßnahmen zu ergreifen, um Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Menschenhandel und moderne Sklaverei in der Arbeitswelt auszumerzen, auch durch die Förderung nachhaltiger Lieferketten. Die G20 ist diesbezüglich bestrebt, weiterhin günstige Bedingungen für die Mobilisierung öffentlicher, privater und multilateraler Mittel zu schaffen. Die Bezugnahme auf die Förderung nachhaltiger Lieferketten ist aus Sicht der Bundesregierung sehr zu begrüßen, die sich im Vorfeld für eine Fortführung der Arbeiten hierzu eingesetzt hatte.

## **Überkapazitäten**

Angesichts der anhaltend negativen Auswirkungen von Überkapazitäten in Industrie-sektoren auf die Inlandsproduktion, den Handel und die Arbeitnehmer hat sich die Bundesregierung erneut für eine Verstärkung der Zusammenarbeit der G20 bei der Suche nach gemeinsamen Lösungen für die Bewältigung dieser globalen Herausforderung eingesetzt. Es ist gelungen, einen Aufruf an alle Mitglieder des Globalen Forums zu Überkapazitäten in der Stahlindustrie zu verankern, die erarbeiteten Empfehlungen und Verpflichtungen umzusetzen. Das Globale Forum für Stahlüberkapazitäten soll darauf aufbauend bis zum Juni 2019 einen umfassenden Bericht vorlegen.

## **Infrastruktur, Finanzsystem und Finanzarchitektur**

Die G20 unterstreicht die Bedeutung der Infrastruktur für wirtschaftlichen Wohlstand, nachhaltige Entwicklung und inklusives Wachstum. Sie bekräftigt ihr Engagement, mehr privates Kapital für Infrastrukturinvestitionen zu gewinnen. Die G20 betont, dass starke und wirksame internationale Finanzinstitutionen dazu beitragen, Wachstum und nachhaltige Entwicklung zu untermauern und erneuert ihr Bekenntnis, das globale finanzielle Sicherheitsnetz mit einem starken, quotenbasierten und mit angemessenen Mitteln ausgestatteten Internationalen Währungsfonds (IWF) im Zentrum zu verbessern. Insbesondere für die Bekräftigung der zentralen Rolle des IWF hatte sich die Bundesregierung, unterstützt durch viele Partner, während der Verhandlungen eingesetzt. Die G20 betont, grenzüberschreitende Kapitalströme weiterhin zu beobachten, und kündigt an, weitere Schritte zu unternehmen, um die Anfälligkeit in einkommensschwachen Ländern aufgrund hoher Schulden anzugehen. Dabei will sie insbesondere die Transparenz der Schulden und die Schuldentragfähigkeit erhöhen und nachhaltige Finanzierungspraktiken seitens öffentlicher wie privater Kreditgeber und -nehmer verbessern, auch im Bereich der Infrastrukturfinanzierung.

Die G20 betont die entscheidende Bedeutung eines offenen, widerstandsfähigen Finanzsystems, das auf international vereinbarten Standards fußt, für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Dabei bleibt die G20 der vollständigen, zügigen und konsequenten Umsetzung und Finalisierung der vereinbarten Finanzreformagenda und der Bewertung ihrer Auswirkungen verpflichtet. Sich abzeichnende Risiken und Schwachstellen innerhalb des Finanzsystems werden weiterhin beobachtet und erforderlichenfalls angegangen. Durch fortgesetzte Zusammenarbeit bei Regulierung und Aufsicht wird einer Fragmentierung der Finanzmärkte begegnet. Die G20 kündigt an, digitale Vermögenswerte (crypto assets) zum Zweck der Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung im Einklang mit den Standards der FATF zu regulieren und nach Bedarf weitere Maßnahmen in Erwägung zu ziehen.

## **Zusammenarbeit in Steuerfragen**

Die G20 kündigt an, ihre Arbeit für ein weltweit faires, nachhaltiges und modernes internationales Steuersystem fortzusetzen. Dabei bleibt für die G20 die weltweite Umsetzung des OECD/G20-Pakets zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und

Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) von entscheidender Bedeutung. Die G20 bekennt sich, weiter gemeinsam daran zu arbeiten, eine Konsenslösung hinsichtlich der Auswirkungen der Digitalisierung der Wirtschaft auf das internationale Steuersystem zu finden, und kündigt hierzu für 2019 eine Aktualisierung und bis 2020 einen Abschlussbericht an.

## **Gesundheit**

Der Bundesregierung ist es gelungen, das Thema Gesundheit, das ein Schwerpunkt der deutschen G20-Präsidentschaft 2017 war, dauerhaft auf der G20-Agenda zu verankern. Die G20 unterstützt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in ihrem Bemühen, gemeinsam mit allen einschlägigen Akteuren bis 2030 einen Aktionsplan für die Umsetzung der gesundheitspolitischen Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten. Die G20 würdigt die Fortschritte, die die internationale Staatengemeinschaft bei der Entwicklung und Umsetzung nationaler und regionaler Aktionspläne zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen (AMR) auf der Grundlage des „One-Health-Konzepts“ erzielt hat. Die G20 bekräftigt weiterhin die Notwendigkeit stärkerer Gesundheitssysteme und erkennt die zentrale Rolle der WHO bei der Verhütung und Erkennung von Krisenfällen im Bereich der öffentlichen Gesundheit an. Erstmals verpflichtet die G20 sich zur Bekämpfung von Fehlernährung, insbesondere des Übergewichts bei Kindern.

## **Nachhaltige Entwicklung**

Die G20 verabschiedet das Update von Buenos Aires zur Umsetzung der Agenda 2030 und bekräftigt damit ihre Verpflichtung, beim Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung eine Führungsrolle einzunehmen. Im Update von Buenos Aires werden die gemeinsamen und konkreten Maßnahmen ausgeführt, die die G20 zur Erreichung der Ziele dieser Agenda ergreift, wobei der Süd-Süd-Zusammenarbeit sowie der Dreieckskooperation eine wichtige Rolle bei der Umsetzung zukommt. Die G20 billigt die „Hochrangigen G20-Grundsätze für nachhaltige Lebensräume durch regionale Planung“.

## **Stärkung von Frauen**

Die G20 setzt sich geschlossen für Stärkung von Frauen ein. Sie bekräftigt das Ziel, bis 2025 den Unterschied in der Erwerbsquote von Männern und Frauen um 25% zu senken, und will die Umsetzung vorantreiben. Die G20 begrüßt die weitere Umsetzung der Initiative zur finanziellen Unterstützung von Unternehmerinnen (We-Fi) und dankt der Business Women Leaders' Taskforce für die geleistete Arbeit.

## **Afrika-Partnerschaft**

Die Bundesregierung hat erreicht, dass die G20 die Fortführung der unter deutschem G20-Vorsitz ins Leben gerufenen Compact-with-Africa-Initiative unterstützt. Damit werden Investitionen, Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung in Afrika gefördert.

## **Flucht und Migration**

Das Thema Flucht und Migration war innerhalb der G20 stark umstritten. Der Bundesregierung ist es aber gemeinsam mit wichtigen Partnern gelungen, dass die G20 die Bedeutung gemeinsamer Maßnahmen betont, um Fluchtursachen anzugehen und den Herausforderungen, die mit globalen Flüchtlingsbewegungen verbunden sind, zu begegnen. Die Bundesregierung begrüßt es, dass sich die G20 auch in Zukunft weiterhin mit den Themen Flucht und Migration beschäftigen wird.

## **Anti-Korruption**

Die G20 bekennt sich zur entschlossenen Verhütung und Bekämpfung von Korruption und will dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Zu diesem Zweck vereinbart die G20 einen neuen Aktionsplan 2019 - 2021 und billigt die Grundsätze zur Verhütung der Korruption und Sicherstellung der Integrität in staatlichen Unternehmen sowie zur Verhütung und Bewältigung von Interessenkonflikten im öffentlichen Sektor. Die G20 ruft ferner alle G20-Staaten zur wirksamen Umsetzung des VN-Übereinkommens gegen Korruption auf, einschließlich der strafrechtlichen Behandlung der Bestechung ausländischer Amtsträger, und nimmt die Bemühungen hinsichtlich eines möglichen Beitritts zum OECD-Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr zur Kenntnis.

## **Terrorismusbekämpfung**

Die G20 verurteilt den Terrorismus in all seinen Formen und Ausprägungen in aller Schärfe und bekennt sich zur uneingeschränkten Umsetzung der Hamburger Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G20 zur Bekämpfung des Terrorismus. Dies ist aus Sicht der Bundesregierung zu begrüßen, die sich im Vorfeld für eine Fortschreibung der unter deutschem G20-Vorsitz verabschiedeten Hamburger Erklärung eingesetzt hat. Zudem betont die G20 verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um die Terrorismus- und Proliferationsfinanzierung sowie die Geldwäsche zu bekämpfen und fordert die digitale Industrie dazu auf, bei der Bekämpfung des Missbrauchs von Internet und sozialen Medien für terroristische Zwecke zusammenzuarbeiten.